

**Zeitschrift:** Schaffhauser Beiträge zur Geschichte  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Schaffhausen  
**Band:** 52 (1975)

**Artikel:** Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen  
**Autor:** Joos, Eduard  
**Kapitel:** Die katholische Partei  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-841856>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*keine Kampfnatur, und Auseinandersetzungen, wie es früher gab, lagen ihm gar nicht. Er wollte versöhnend wirken und dem Frieden dienen — der Verständigung unter den verschiedenen Parteien im Dorfe*<sup>219</sup>. Auf Hans Stamm folgte 1949 sein Bruder Egon Stamm-Russenberger, unter dem das Schleitheimer Lokalblatt wieder eine etwas kämpferische Note erhielt, allerdings weniger in Partei- als in Sachfragen.

Heute wird der *Schleitheimer Bote* von Uli Stamm redigiert, der die Redaktion seit 1963 leitet. Mit dem Kopfblatt *Anzeiger vom Oberklettgau* erreicht die Lokalzeitung, die je dienstags, donnerstags und freitags erscheint, die respektable Tagesauflage von 2188 Exemplaren<sup>220</sup>.

## Die katholische Partei

Die im Frühjahr 1911 gegründete *Christlich-soziale Partei* änderte im Lauf des 20. Jahrhunderts mehrmals ihren Namen, ohne aber ihre katholische Mitglieder- und Wählerbasis merklich zu ändern. Die Umbenennungen deuten jeweils eine Verschiebung in der herrschenden Doktrin der Partei an. So verweist die Bezeichnung «christlich-sozial» auf sozialreformerische Ausrichtung der politischen Betätigung, wie sie von der katholischen Soziallehre der Enzyklika «Rerum novarum» (1891) gefordert wurde. Mit dem Bekenntnis zu einem sozialen Katholizismus stand die Minderheitspartei in Schaffhausen bis zum Generalstreik in unmittelbarer Nähe der *Sozialdemokratischen Partei*, deren Klassenkampfcharakter sie allerdings ablehnte. In den zwanziger Jahren fanden es die politischen Katholiken geraten, ihre Diasporasituation im Kanton Schaffhausen deutlicher sichtbar zu machen und für die Emanzipation der Katholiken in der reformierten Umgebung zu kämpfen. Indem sie ihre Organisation 1920 in *Katholische Volkspartei* umbenannten<sup>1</sup>, bezeugten sie, dass die sozialreformerischen Anliegen von politisch-kirchlichen Nützlichkeitserwägungen abgelöst wurden. Bei dieser neuen Parteibezeichnung blieb es, bis in den sechziger Jahren der linke Parteiflügel den Einbezug von «christlich-sozial» in den Parteinamen durchsetzte<sup>2</sup>. Im Wahlherbst 1964 führte die Partei daher die Doppelbezeichnung *Katholische und christlichsoziale*

<sup>219</sup> Bote 16.9.1969, 6.

<sup>220</sup> ZKS 1975,47.

<sup>1</sup> SZ 15.5.1922 (CSP), 29.5.1922 (KVP).

<sup>2</sup> Beschluss des kantonalen Parteitages vom 10.5.1961 (SZ 17.5.1961).

*Volkspartei*. Als sich im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen von 1971 die schweizerische Partei den Namen *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) zulegte und eine einheitliche Wahlkampagne mit einem neuen Wahlprogramm in allen Landesgegenden durchführte, beschloss die Generalversammlung der Schaffhauser Kantonalpartei die Uebernahme der neuen Parteibezeichnung<sup>3</sup>. «Christlichdemokratisch» nennen sich seither auch die Sektionen der Partei sowie die Kantonsratsfraktion<sup>4</sup>.

### *Christlich-soziale Partei (1911—1922)*

Die *Christlich-soziale Partei* kämpfte bis vor 1918 ohne nennenswerten politischen Erfolg (S. 253). Die durch den Weltkrieg verschärften sozialen Gegensätze blieben nicht ohne Wirkung auf die *Katholische Partei*, die sich mehrheitlich aus Arbeitnehmern und Angehörigen des mittleren Kaders zusammensetzte. Geschickt verstand es die Partei, mit der katholischen Soziallehre die katholischen Arbeiter vom Beitritt zu den sozialistischen Klassenkampf-Gewerkschaften abzuhalten und in den eigenen Reihen politisch zur Entfaltung zu bringen. Als 1918 der Grosse Stadtrat in Schaffhausen von 36 auf 50 Sitze vergrössert wurde, gelang es der *Christlich-sozialen Partei* dank einem Wahlkartell mit den andern Minderheitsparteien, vier Mandate zu erobern (S. 255). Mit dem Generalstreik brach die Minderheitenkoalition auseinander, da die katholische Soziallehre mit ihrer Betonung von Solidarismus und Subsidiarismus, das heisst dem Willen zum sozialen Ausgleich und der Selbstverantwortung, keine klassenkämpferische Aktivität zuließ.

Die *Christlich-soziale Partei* trat am 8. Februar 1919 dem «Nationalen Parteiverband» bei, nachdem bereits während des Generalstreiks einzelne Exponenten wie Vikar Lisibach und Ingenieur Heinrich Wäffler im Ausschuss der Bürgerlichen gegen die internationalen Sozialisten Stellung bezogen hatten<sup>5</sup>. Sie machten den Beitritt allerdings davon abhängig, dass Dr. Lisibach in den Stadtschulrat aufgenommen werde<sup>6</sup>. Die bürgerlichen Parteien stimmten diesem Handel «um des politischen Friedens willen» zu. Am 13. April 1919 gelangte Lisibach als erster katholischer Vertreter in den Stadtschulrat<sup>7</sup>. Die katholische Arbeiterpartei lehnte sich da-

<sup>3</sup> SZ 1.12.1971.

<sup>4</sup> Amtsblatt 1971,509.

<sup>5</sup> SN 13.11.1968. ST 14.11.1918.

<sup>6</sup> ST 31.3.1919.

<sup>7</sup> ST 8.3.1919, 9.4.1919, 12.4.1919.

mit ans Bürgertum an und hatte von nun an von der Linken dieselben Angriffe zu erdulden wie die nationalen Grütlianer. 1920 wurden die katholischen Vertreter bei den städtischen Gesamterneuerungswahlen nicht gerade glänzend bestätigt, und Theodor Lunke wurde am 14. und 21. November als Kantonsrat gar nicht mehr gewählt<sup>8</sup>. Seine exponierte Stellung als Redaktor der katholischen *Schaffhauser Zeitung* dürfte den Misserfolg mit verschuldet haben.

Offenbar wurde darauf in der Führung der *Christlich-sozialen Partei* die starre Fixierung ihrer Politik auf die Arbeiterschichten überdacht. Als 1921 der katholische Arbeiterführer Karl Hangartner starb, ging die christlich-soziale Epoche zu Ende<sup>9</sup>. Sie wurde geprägt von der engen Anlehnung an den katholischen Arbeiterverein, vom Aufbau eines christlich-sozialen Arbeitersekretariats und eines christlich-sozialen Kartells Schaffhausen. Dem Subsidiaritätsprinzip wurde Rechnung getragen durch die Genossenschaft Konkordia, die an der Oberstadt 14 und an der Hochstrasse 45 in Schaffhausen eigene Konsumverkaufsläden führte<sup>10</sup>. Die Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft war mehr oder weniger vollendet, nun ging es darum, auch andere ansässige Katholiken in die politische Emanzipation einzubeziehen.

### *Katholische Volkspartei (1922—1961)*

Durch Beschluss der kantonalen Delegiertenversammlung vom 28. Mai 1922 nannte sich die politische Organisation der Katholiken fortan *Katholische Volkspartei*<sup>11</sup>. Als kantonaler Parteipresident wurde Dr. iur. Josef Ebner gewählt, der später auch der städtischen Sektion vorstand. Neuhausen erhielt in Joseph Cassal einen Sektionspräsidenten<sup>12</sup>. Josef Ebner leitete die Partei in traditionell katholisch-konservativem Sinn und galt bei der Linken als «Kristalli-

<sup>8</sup> SI 15.11.1920, 22.11.1920.

<sup>9</sup> Nachruf in SZ 9.8.1921.

<sup>10</sup> SZ 23.3.1911. Daneben existierten damals als weitere katholische Vereinigungen beispielsweise:

— Katholischer Arbeiterinnen- und Dienstbotenverein	(SZ 13.9.1921)
— Verband katholischer Angestellter und Beamter	(SZ 8.10.1921)
— Christlicher Metallarbeiterverband	(SZ 4.8.1922)
— Katholische Abstinenterliga	(SZ 7.8.1922)
— Katholischer Jugendbund Schaffhausen	(SZ 7.8.1922)

<sup>11</sup> SZ 29.5.1922. Vgl. SZ 15.5.1922 (CSP). Die am 7. Februar 1919 gegründete Neuhauser Gruppierung nannte sich von Anfang an *Katholische Volkspartei* (SI 12.2.1919).

<sup>12</sup> AZ 8.6.1922.

sationskern der bürgerlichen Reaktion»<sup>13</sup>. Nach einer Matura am Institut Maria Hilf in Schwyz hatte Ebner in München und Bern Jus studiert und 1911 mit dem Doktorat abgeschlossen. Nach einer Praxis im Anwaltsbüro von Ständerat Heinrich Bolli eröffnete Ebner 1916 ein eigenes Büro und gewann in den folgenden Jahren sogar einmal einen Bundesgerichtsprozess gegen seinen ehemaligen Lehrmeister.

Ebner gründete die *Katholische Volkspartei Neuhausen*, war während Jahren der Mittelpunkt der Kantonalpartei und wurde schliesslich Mitglied im Zentralvorstand der konservativen *Christlich-sozialen Partei der Schweiz*. 1916—20 war er Einwohnerrat in Neuhausen, von 1933—36 hatte er Einstieg im Erziehungsrat. Später war Ebner auch erster Sekretär der Internationalen Bachgesellschaft.

In Ramsen, der katholischen Hochburg des Kantons Schaffhausen, sorgten der «Katholische Volksverein» und Gemeindepräsident Hermann Gnädinger für eine Politik in katholisch-konservativem Sinn. Gnädinger sass als Mitglied der *Katholischen Volkspartei* im Kantonsrat, hatte sich aber seiner Herkunft gemäss der Bauernfraktion angeschlossen, da eine katholische Fraktion vor 1928 nicht bestand<sup>14</sup>. Im Wahlkreis Schaffhausen gelang es Ebner am 7. Oktober 1923, einen Kommunisten im Kantonsrat zu ersetzen<sup>15</sup>. Bei der Integralwahl von 1924 wurde auch Theodor Lunke wieder in den Rat gewählt<sup>16</sup>, so dass zusammen mit Josef Schneider nun drei katholische Vertreter im Parlament wirkten.

Die Aufwärtsbewegung, in der sich die *Katholische Volkspartei* befand, führte zum Entschluss, 1928 ein erstes Mal in die Nationalratswahlen einzusteigen. Als Kandidaten wurden Dr. Ebner (kumulierte) und Hermann Gnädinger (einfach) aufgeführt. Mit der *Freisinnig-demokratischen Partei* und der *Bauernpartei* bestand eine Listenverbindung gegen die *Kommunistische Partei* und die *Sozialdemokratische Partei II*, die je einzeln am Wahlkampf teilnahmen. Die beiden katholischen Kandidaten erreichten am 28. November 1928 1696 und 807 Stimmen, was einem Anteil von 7,4 Prozent aller Wählerstimmen des Kantons gleichkam<sup>17</sup>.

Das war ein Achtungserfolg, der sich positiv auf die Kantonsratswahlen auswirkte. Die Neuhauser Stimmbürger ordneten den neuen Redaktor der *Schaffhauser Zeitung*, Rechtsanwalt Ernst Naef, in den Rat ab, so dass sich unter Ebner erstmals eine katholische

<sup>13</sup> Nachruf SZ 21.3.1962, SN 23.3.1962.

<sup>16</sup> SI SZ 1.12.1924.

<sup>14</sup> AZ 24.10.1928.

<sup>17</sup> Amtsblatt 1928,923—927.

<sup>15</sup> SZ 8.10.1923.

Kantonsratsfraktion von 5 Mitgliedern konstituieren konnte<sup>18</sup>. Für das Jahr 1930 wurde Dr. Ebner zum Präsidenten des Kantonsrates gewählt, den er als erster Katholik seit der Reformation während eines Jahres leitete.

1932 trat der Fraktion auch der neu gewählte Schreiner Josef Löhrer bei<sup>19</sup>. Zur Straffung der katholischen Wählerschaft in Ramsen war am 13. Oktober eine politische Sektion des Volksvereins geschaffen worden, die sich der Kantonalpartei anschloss<sup>20</sup>. Gründungsmitglieder waren Johann Gnädinger und Leonz Zürcher. Mit ihrer Hilfe konnte das katholische Mandat in Ramsen gehalten werden. Auch im Wahlkreis Schaffhausen konnte die *Katholische Volkspartei* 1932 einen ansehnlichen Erfolg buchen. Der Vergleich der Wähleranteile über die Wahljahre hinweg zeigt, dass die katholischen Wähler zu einem grossen Teil von der *Freisinnig-demokratischen Partei* abgesprungen waren, die sich in einer Profilkrise befand (S. 182). Von 1933—1936 stellte die *Katholische Volkspartei* 8 von 50 Grossstadträten und war damit die drittgrösste Stadtpartei<sup>21</sup>.

Verhängnisvoll wirkte sich die Stellungnahme der *Katholischen Volkspartei* für den frontistischen Kandidaten Rolf Henne anlässlich der Ständeratsersatzwahl vom 3./10. September 1933 aus. Für den ersten Wahlgang beschloss sie Stimmfreigabe, für den zweiten entschloss sie sich zur Unterstützung des Frontisten (S. 511). Rolf Henne fiel durch und mit ihm das Vertrauen der Wähler in die *Katholische Volkspartei* und ihren Führer Dr. Ebner. Theodor Lunke, der aus Protest über das Wahlbündnis der Katholiken mit der *Neuen Front* sofort aus dem Kantonsrat zurücktreten wollte<sup>22</sup>, konnte noch bis zur Integralwahl daran gehindert werden. Unfreiwillig schieden mit ihm im Herbst 1936 Dr. Ebner, Josef Löhrer und Redaktor Naef aus dem Rat, weil sie vom Volk nicht mehr bestätigt wurden<sup>23</sup>. Im Grossen Stadtrat schmolz 1936 die katholische Fraktion von 8 auf 3 Mitglieder zusammen. Zwei Grossstadträte traten freiwillig zurück, drei wurden nicht mehr bestätigt<sup>24</sup>.

<sup>18</sup> Schriftliche Anmeldung der Mitglieder Josef Ebner, Rechtsanwalt, Hermann Gnädinger, Gemeindepräsident (Ramsen), Theodor Lunke, Rechtsanwalt, Ernst Naef, Redaktor (Neuhäusen a. Rhf.), Josef Schneider-Huber, Baumeister (RRA 1914—1936, 15 F 2).

<sup>19</sup> SZ 31.10.1932.

<sup>20</sup> SN 17.12.1971, 25.

<sup>21</sup> SZ 28.11.1932.

<sup>22</sup> AZ 15.9.1933.

<sup>23</sup> SZ 2.11.1936.

<sup>24</sup> SZ 16.11.1936.

War das Zusammengehen von Katholiken und Frontisten zufällig und nur eine taktisch ungeschickte Aktion, oder lag mehr dahinter? Das politische Zusammengehen war ideologisch begründet, indem beide Gruppen im Antimarxismus und im Antiliberalismus übereinstimmten und auf einen Korporationenstaat hinarbeiteten. In der Enzyklika «Quadragesimo anno» von 1931 hatte der Papst zuhanden der katholischen Weltbevölkerung die vierzig Jahre zuvor erlassene katholische Soziallehre erneut aufgegriffen, die in ihrer Struktur mit den frontistischen Sozialvorstellungen übereinstimmte<sup>25</sup>. Erst als sich die faschistischen Staaten und einzelne Mitglieder der frontistischen Anhängerschaft eindeutige Verstöße gegen das gutbürgerlich-katholische Gewissen zuschulden kommen liessen, wurde das Trennende zwischen den politischen Partnern sichtbar.

Mit Hilfe der andern bürgerlichen Parteien musste die *Katholische Volkspartei* nach 1936 neu aufgebaut werden. Dank guter Beziehungen kam es im Wahlherbst 1940 zu einem festen Wahlbündnis zwischen Katholiken, Freisinnigen, Bauern und Evangelischen, die sich gemeinsam der sozialistischen Expansion entgegensemten. Später tat sich unter den aufbauenden Elementen besonders Dr. iur. und rer. pol. Arthur Fürer hervor, der seit 1947 als Rechtskonsulent bei der Georg Fischer AG wirkte<sup>26</sup>. Der geeignete Bürgerblock sorgte bis zum Jahr 1952 für einen freiwilligen Proporz unter den nichtsozialistischen Parteien und trat der Linken in Kantons- und Grossstadtratswahlen jeweils mit einer einzigen bürgerlichen Liste entgegen. So wurde es möglich, dass die katholische Kantonsratsfraktion 1948 auf fünf, 1952 sogar auf sieben Mitglieder anwuchs und auch im Grossen Stadtrat die Sitzzahl der *Katholischen Volkspartei* 1940 auf sechs, nach einem Rückschlag für die Amtsperiode 1957/60 auf sieben Sitze anstieg. Der bescheidene Erfolg rührte unter anderem vom Mut der kleinen Partei her, die 1947 trotz völliger Aussichtslosigkeit nochmals in die Nationalratswahlen einstieg. Den durch den Rücktritt von Heinrich Sigerist-Schalch (FDP) freiwerdenden Sitz hoffte die *Katholische Volkspartei* mit dem städtischen Parteipräsidenten Josef Keller oder mit Martin Lobsiger, Textilarbeiter in Neuhausen, zu besetzen<sup>27</sup>. Dass den Katholiken nur 8,5 Prozent des kantonalen

<sup>25</sup> Vgl. Glaus 272—273.

<sup>26</sup> SZ 11.10.1947.

<sup>27</sup> Nomination an der Versammlung vom 20.9.1947 (SZ 21. und 22.9.1947), Vorstellung der Kandidaten in SZ 24.9.1947. Resultate Amtsblatt 1947,1189—1193.

Stimmenanteils zufielen, lag darin begründet, dass die beiden Kandidaten den Schaffhausern nahezu unbekannt waren und keine parlamentarische Erfahrung besassen.

Die *Katholische Volkspartei* vermochte auch bei den Kantonsratswahlen von 1956 in den ländlichen Wahlkreisen nicht durchzudringen. Sowohl die *Katholische Vereinigung* im Klettgau wie die *Katholische Interessengemeinschaft* im Reiat blieb ohne Erfolg<sup>28</sup>. Dasselbe wiederholte sich im Wahljahr 1960<sup>29</sup>.

Als 1960 eine grössere Ablösung im Schaffhauser Stadtrat erfolgte, indem die drei bürgerlichen Vertreter ausschieden, gelang es der *Katholischen Volkspartei* durch Zusammenwirken mit der *Freisinnig-demokratischen Partei*, gegen die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* und den *Landesring* in Architekt Albert Zeindler einen erfolgreichen Kandidaten zu stellen, der am 27. November 1960 als erster Katholik in den Stadtrat gewählt wurde<sup>30</sup>. Albert Zeindler betreute bis 1972 das Baureferat, das ihm in diesen Jahren der baulichen Expansion manche kritische Bemerkung eintrug. Die starke Zunahme des privaten Motorfahrzeugverkehrs, der die Strassen und die Stadt in bisher unbekanntem Mass belastete und zahlreiche Verkehrssanierungen erforderte, brachte Aufgaben, die sich nicht immer zur Zufriedenheit aller lösen liessen. Das rasche Anwachsen der städtischen Aussenquartiere zwang zu einer öffentlichen Bautätigkeit, die bisherige Massstäbe sprengte und den öffentlichen Haushalt strapazieren musste. In Albert Zeindlers Amtszeit wurde die Kläranlage Röti gebaut, die Lindlipromenade aufgeschüttet, das Herblingertal erschlossen und der Güterbahnhof verlegt. Ebenso entstand in diesen Jahren die neue Bauordnung. Zahlreiche städtische Bauten, etwa das Schulhaus Alpenblick, tragen den Stempel von Albert Zeindlers eigenwilliger Persönlichkeit, die es den Zeitgenossen nicht immer leichtmachte, die heute unbestrittenen Verdienste des Baureferenten im richtigen Licht zu betrachten<sup>31</sup>.

### *Katholische und christlichsoziale Volkspartei (1961—1971)*

Stärker als vorher machte sich in den fünfziger Jahren die «Christlich-soziale Parteigruppe» bemerkbar<sup>32</sup>, die sich in eigenen

<sup>28</sup> Amtsblatt 1956, 1419, 1423.

<sup>29</sup> Amtsblatt 1960, 1022, 1027.

<sup>30</sup> SZ 28.11.1960.

<sup>31</sup> Würdigung in SN 30.12.1972,21.

<sup>32</sup> SZ 30.10.1956.

Versammlungen mit Politik beschäftigte und schliesslich die Erweiterung der Parteibezeichnung um das Adjektiv «christlich-sozial» durchsetzte. Die Namensänderung wurde am kantonalen Parteitag vom 10. Mai 1961 beschlossen<sup>33</sup>. Gleichzeitig wurde das kantonale Parteipräsidium neu mit Emil Zehnder besetzt. Die «christlich-soziale Parteigruppe» integrierte sich damit in die *Katholische Volkspartei*, die dadurch kaum eine ideologische Umstrukturierung erfuhr. Auch tagten die Christlichsozialen teilweise weiterhin in eigenen Sitzungen<sup>34</sup>. 1964 trat die Partei mit der erweiterten Bezeichnung in allen Wahlkreisen einheitlich auf. Eine Ausnahme machte Stein am Rhein/Ramsen, wo der bisherige Parteiname *Katholische Volkspartei* beibehalten wurde<sup>35</sup>.

Eine neue Komponente erhielt die Partei, als Fürsprecher Marius Baschung 1965 zum Kantonalpräsidenten gewählt wurde und Emil Zehnder in dieser Funktion ablöste<sup>36</sup>. Entsprechend den Solothurner Parteiverhältnissen, in welchen Baschung aufgewachsen war, sah der neue Präsident in der Volkspartei weniger eine auf die katholische Bevölkerung beschränkte konfessionelle Partei als vielmehr eine offene Mitgliedschaft von politisch Interessierten, die sich für ein bestimmtes Programm einzusetzen gewillt waren. Immerhin betrieb die Partei vorerst noch eine Emanzipationspolitik zugunsten der Katholiken, indem sie die öffentlich-rechtliche Anerkennung der römisch-katholischen Kirche des Kantons Schaffhausen forderte und in der Volksabstimmung vom 18. Februar 1968 auch erreichte<sup>37</sup>. Parteipräsident Baschung liess sich im Herbst des gleichen Jahres als ersten katholischen Regierungsratskandidaten portieren, was in Berücksichtigung des Rücktrittes von Ernst Lieb (BGB) und der anerkannten juristischen und politischen Fähigkeiten Baschungs nicht aussichtslos war. Für die *Katholische und christlichsoziale Volkspartei* unfruchtbar war die gleichzeitige Kandidatur von Willi Morath, der als dissidenter Katholik am Wahlkampf teilnahm. Gegenüber der *Sozialdemokratischen Partei*, die in VHTL-Sekretär Ernst Neukomm den schliesslich gewählten Kandidaten stellte, und der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, die ihren Sitz gerne mit Kurt Suter besetzt hätte, vermochte die katholische Partei nicht durchzudringen. Marius Baschung erhielt am 6. Oktober 1968 eine Stimmenzahl, die nach seiner eigenen Schät-

<sup>33</sup> SZ 17.5.1961.

<sup>34</sup> SZ 29.10.1962.

<sup>35</sup> Amtsblatt 1964,1066.

<sup>36</sup> Bericht der Generalversammlung vom 4.5.1965 (SZ 8.5.1965).

<sup>37</sup> Resultat: 7923 Ja gegen 5002 Nein (Amtsblatt 1968,240).

zung das Wählerkontingent der eigenen Partei um rund 3000 Stimmen übertraf; dennoch gelang der Eintritt in die Regierung nicht<sup>38</sup>. Für die Partei ergab sich die seltene Ueberraschung, dass sich der Wahlkampf sogar in finanzieller Hinsicht gelohnt hatte, indem den Wahlkampfkosten von rund 22 000 Franken freiwillige Beiträge und Spenden von 23 000 Franken gegenüberstanden<sup>39</sup>.

Trotz der Regierungsratskandidatur von Marius Baschung erhöhte sich der Stimmenanteil der *Katholischen und christlichsozialen Volkspartei* bei den folgenden Kantonsratswahlen nicht. Die Enttäuschung der Parteispitze über diesen Misserfolg war nicht allzu gross. Ueber Motionen und Interpellationen trugen die KCVP-Vertreter weiterhin zur Verwirklichung ihrer Postulate bei. Die Fraktion beschäftigte sich mit dem schweizerischen Raumplanungsgesetz, mit Kinderzulagen, Hilflosenentschädigung, dem geplanten Regulierwerk Hemishofen, der Förderung von Turnen und Sport sowie mit der Freizügigkeit der Pensionskassen<sup>40</sup>. Viel zu reden gaben die zwei Motionen von Erwin Auf der Maur, der kurz nacheinander eine finanzielle Unterstützung der Fraktionen durch die Staatskasse und die Herabsetzung des Stimmrechtsalters von 20 auf 18 Jahre verlangte. Der erste Antrag wurde vom Kantonsrat als nicht erheblich erklärt, über den zweiten Antrag fand eine Volksbefragung statt, die ein negatives Resultat ergab<sup>41</sup>.

### *Christlichdemokratische Volkspartei (1971—1975)*

Eine programmatische Neuorientierung vor den Nationalratswahlen 1971 war Anlass für eine Angleichung der Parteibezeichnung. Wie die schweizerische Partei nennt sich seit dem März 1971 auch die Schaffhauser Kantonalpartei *Christlichdemokratische Volkspartei*. Die Neuorientierung, als deren Exponent in Schaffhausen Parteipräsident Marius Baschung betrachtet werden darf, ging in Richtung einer Abkehr von der streng auf Katholiken beschränkten Basis und visierte eine Partei an von Bürgern «aller Konfessionen, die sich zum Ziel einer christlichen Eidgenossenschaft bekennen»<sup>42</sup>. Die Umstrukturierung und der erhoffte Zuzug von politisierenden Reformierten hielt sich allerdings in kleinem

<sup>38</sup> Amtsblatt 1968,1263.

<sup>39</sup> Mitteilung Marius Baschung 24.8.1972.

<sup>40</sup> SN 19.8.1972,21.

<sup>41</sup> Die Volksbefragung vom 5.11.1972 ergab 5166 Ja gegen 27 783 Nein (SN 6.11.1972,13).

<sup>42</sup> Interview mit Jürg Waeffler (CVP) in SN 17.7.1971,13.

Rahmen, und wenn sich auch im Jahr 1972 einzelne reformierte Schaffhauser an den Parteiversammlungen der *Christlichdemokratischen Volkspartei* zeigen liessen<sup>43</sup>, so bleiben ihre Mitgliedschaft und Wählerschaft vorläufig noch mehrheitlich katholisch.

Es ist verständlich, dass die jahrelang gepflegte und politisch ausgenützte Diasporasituation der Katholiken im Kanton Schaffhausen nicht von einem Tag auf den andern überwunden werden kann. Wie jede Partei sucht die *Christlichdemokratische Volkspartei* ihre Basis zu verbreitern und von rein katholischen Forderungen abzurücken. Während sich das Bekenntnis zu einer «sozialen Demokratie» auch vom reformierten Standpunkt vertreten lässt, ist die Schulpolitik der Partei noch rein katholisch-konfessionell orientiert, indem sie den ökumenischen Religionsunterricht strikte ablehnt. Was in den Wahlkreisen Schaffhausen, Neuhausen und Stein/Ramsen möglicherweise aus Traditionsgebundenheit nicht durchführbar ist, wird im Wahlkreis Reiat auf neuer Grundlage versucht. Die *Christlich-politische Vereinigung Thayngen/Reiat*, gegründet am 20. September 1971, geführt von Parteipräsident Theo Schneider, sammelt Interessenten verschiedener Konfessionen, um eine christliche Politik ohne konfessionelle Gegensätze anzuregen und sich an der Meinungsbildung zu betätigen<sup>44</sup>. Die junge Vereinigung hat sich als selbständiger Verein konstituiert und verzichtet auf den Anschluss an eine bestehende Kantonalpartei. Das Experiment wurde von der *Christlichdemokratischen Volkspartei* eingeleitet, die der Vereinigung nahesteht. Ob sich daraus ein neuer Impuls für die Parteien auf kantonaler Ebene ergibt, oder ob der Meinungsbildungszirkel sich auf lokale Ereignisse beschränken wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig verzichtet die *Christlich-politische Vereinigung* ausdrücklich auf die Beteiligung an kantonalen Wahlen.

Zum dritten Mal seit Bestehen einer politischen Organisation der Katholiken im Kanton Schaffhausen nahm die *Christlichdemokratische Volkspartei* an den Nationalratswahlen vom 31. Oktober 1971 teil. Da erstmals das aktive und passive Frauenstimm- und -wahlrecht zur Anwendung gelangte, wurde dem Neuhauser Gemeinderat Erich Kick die Apothekerin Elisabeth Gerber als Kandidatin zur Seite gestellt. Die beiden CVP-Vertreter erhielten 3052 und 1895 Kandidatenstimmen, die durch Zusatzstimmen auf 4984 Parteistimmen aufgerundet wurden und damit 8,1 Prozent der Ge-

---

<sup>43</sup> Mitteilung Marius Baschung 24.8.1972.

<sup>44</sup> SN 22.7.1972,15.

samtstimmenzahl ausmachten<sup>45</sup>. Angesichts der Tatsache, dass fünf Parteien mit neun Kandidaten den Wahlkampf mitmachten, durfte die *Christlichdemokratische Volkspartei*, die ihre Wählerschicht nicht vergrössern, aber stabilisieren konnte, mit dem Durchschnittserfolg zufrieden sein. Dass keiner ihrer Kandidaten eines der beiden Nationalratsmandate übernehmen würde, war schon vor den Wahlen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit klar gewesen. Von einiger Brisanz war die Frage der Listenverbindung. Bis zum Wahlherbst 1964 war eine Listenverbindung zwischen Freisinnigen und Katholiken eine Selbstverständlichkeit. 1968 marschierten die Katholisch-Christlichsozialen allein. Im Herbst 1971 erklärte sich die *Christlichdemokratische Volkspartei* für eine Listenverbindung mit den Freisinnigen bereit, falls diese den damals noch unbekannten Nachfolgekandidaten von Stadtrat Albert Zeindler, der seinen Rücktritt auf 1972 angekündigt hatte, unterstützen werde<sup>46</sup>. Daraus, dass schliesslich doch keine Listenverbindung zustande kam, darf geschlossen werden, dass die *Freisinnig-demokratische Partei* diese Blankunterstützung ablehnte.

Die Stadtratswahl vom 5. November 1972 bereitete der *Christlichdemokratischen Volkspartei* einige Schwierigkeiten, weil sie weder mit der sicheren Unterstützung einer andern Partei rechnen noch einen Fachmann für das Baureferat portieren konnte. Marius Baschung war inzwischen in die dreiköpfige Delegation des Bundesrates für Raumplanung berufen worden. Nach langem Zögern entschied sich der städtische Parteitag der *Christlichdemokratischen Volkspartei* vom 18. August 1972, den Geschäftsführer der Buchdruckereifirma Bolli & Böcherer, Walter Späth, zu portieren<sup>47</sup>. Seine Stellung als Schaffhauser Synodalpräsident der römisch-katholischen Kirche und seine langjährige Teilnahme an den wechselvollen Geschicken der *Katholischen Volkspartei* war Grund, Späths Nomination als Erfolg des «ancien régime» über den linken Parteiflügel zu bezeichnen<sup>48</sup>. Am 5. November 1972 wurde Walter Späth von Jörg Aellig (JBS) knapp überrundet. Ganz offensichtlich wurde der politisch gut ausgewiesene Kandidat das Opfer von parteiinternen und -externen Intrigen, indem der christlichsoziale Gewerkschaftsflügel teilweise Anton Hutter (CVP) unterstützte, der seine Kandidatur nach der parteioffiziellen Nomination von Walter

<sup>45</sup> Amtsblatt 1971, 1794—1800.

<sup>46</sup> WE 16.7.1971.

<sup>47</sup> AZ 31.8.1972.

<sup>48</sup> WE 1.9.1972.

Späth ausdrücklich abgelehnt hatte<sup>49</sup>. Durch die Nichtwahl von Walter Späth trat die *Christlichdemokratische Partei* für die Amtsperiode von 1973 bis 1976 in das Glied der Oppositionsparteien zurück.

### *Die katholische Schaffhauser Zeitung und ihre Redaktoren*

Nach zweieinhalbjähriger Wirksamkeit nahm Redaktor Theodor Lunke am 12. Juli 1907 Abschied von der im Dezember 1904 gegründeten *Schaffhauser Zeitung*<sup>50</sup> und überliess sein Amt Dr. Ferdinand Buomberger (S. 253). Der neue Redaktor widmete sich vollamtlich dem Journalismus und leitete die politischen Aktionen des «Katholikenvereins» ein. Dank Buombergers Initiative ging die *Schaffhauser Zeitung* auf den 2. Januar 1909 zur täglichen Ausgabe über. Offensichtlich wirkte dabei die Hoffnung mit, man werde das Blatt zu einem überregionalen christlichsozialen Organ ausbauen können. Die erwartete Entwicklung traf nicht ein, und Buomberger, eine zu bewegliche, vulkanische Natur, die ganz in der Agitation aufging, fühlte sich in der Enge der Schaffhauser Verhältnisse — auch der finanziellen — nicht mehr wohl. Er nahm am 12. Februar 1910 Abschied von seinen Lesern und verliess Schaffhausen.

Zwei Tage später trat Kaplan Ignaz Weber als erster geistlicher Würdenträger in die Redaktion ein. Er schrieb fortan die *Schaffhauser Zeitung* in gediegenem, abgeklärtem Ton. Ignaz Weber hatte einige Jahre zuvor das christlichsoziale Wochenblatt *Der Arbeiter* redigiert und kannte sich auf dem Gebiet der Journalistik aus. Aus gesundheitlichen Gründen zog er sich im Juni 1917 von der Redaktionstätigkeit zurück, worauf Theodor Lunke wieder einsprang und bis Ende September 1921 die *Schaffhauser Zeitung* führte.

Im Januar 1921 trat eine geschäftliche Veränderung ein. Konrad Bolli hatte seit 1918 beabsichtigt, sich aus Altersrücksichten von der Kollektivgesellschaft Bolli & Böcherer zurückzuziehen. Der Druckereibetrieb wurde dem «Katholischen Presseverein», der von 1904 an die Herausgabe der *Schaffhauser Zeitung* besorgte, zum Kauf angeboten. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, weil sich die Zeitungsgründer vorerst scheutzen, diese Geschäftslast zu übernehmen. Schliesslich entschloss sich der Pressverein, das Grundstück an der Krummgasse samt Druckerei, Inventar und Vor-

<sup>49</sup> SN 6.11.1972,13.

<sup>50</sup> Ueber die Entwicklung der Zeitung und ihre Redaktoren orientieren ausführlich die Jubiläumsnummern SZ 22.3.1930 und 30.6.1954.

räten für 111 000 Franken zu übernehmen<sup>51</sup>. Um das notwendige Kapital zusammenzubringen, wurde die Errichtung einer Aktiengesellschaft ins Auge gefasst und auf den 25. Januar 1921 zur Gründungsversammlung aufgerufen. Der Verwaltungsrat wurde bestellt aus August Maier, Kaufmann von Singen am Hohentwiel (Präsident), Paul Gnädinger und Johann Gnädinger von Ramsen, Dekan Johann Weber und Konditormeister Jean Reber-Hüsler von Schaffhausen. Die Geschäftsleitung ging an den ersten Setzer der Firma, Albin Busslinger, über.

Mit dem 1. September 1921 nahm der letzte Alleinredaktor, Dr. theol. Gustav Lisibach, seine Tätigkeit an der *Schaffhauser Zeitung* auf. Ihm gelang es nach dem Generalstreik, als die bürgerlichen Parteien zusammenrückten und einander unterstützten, als erster katholischer Vertreter in den Stadtschulrat gewählt zu werden (S. 550). 1927 wurde Dr. Lisibach als bischöflicher Kanzler und Domherr nach Solothurn berufen und verliess Schaffhausen. Der Umfang des Nachrichtenstoffes drängte nun eine Doppelbesetzung der Redaktion und eine Ressortausscheidung auf. Die Theologen betreuten weiterhin «Ausland» und «Kultur». Für die Sparten «Inland» und «Lokales» zeichnete nach dem 18. September 1927 der Jurist Ernst Naef-Dirr<sup>52</sup>, der seit einigen Jahren eine Anwaltspraxis in Schaffhausen führte. Aufgewachsen im thurgauischen Berg, hatte er 1911 am Kollegium Schwyz die Matura bestanden und an der Universität Freiburg Rechtswissenschaften studiert. Bevor er nach Schaffhausen kam, wirkte er einige Zeit als Substitut bei einem Anwalt in Zürich. Sein Eintritt in die Redaktion brachte die notwendige Stabilität ins Unternehmen, was sich für den Ausbau des lokalpolitischen Einflusses der Katholiken als günstig erwies. Ernst Naef wurde im Wahlherbst 1928 als erster Neuhauser Katholik in den Kantonsrat gewählt, wo er verblieb, bis er 1936 beim grossen Linksrutsch ausschied. Ein guter und glänzender Redner war er nicht, aber er besass die grosse Fähigkeit, auszugleichen und Frieden zu stiften. Einer Berufung ins Obergericht entzog er sich, weil ihm das Verurteilen unangenehm und lästig war. Er sah seine Rolle als Jurist in der Rechtsberatung unkundiger Bürger. 24 Jahre führte er die Rechtsauskunftsstelle der christlich-sozialen Arbeiterorganisationen. Charakter und Arbeitsstil von Ernst Naef zeichnete Redaktor Heinz Bollinger in einer «Hommage à Nurmi» nach:

---

<sup>51</sup> Amtsblatt 1921,458. SZ 30.6.1954,3.

<sup>52</sup> Nachruf in SZ 9.2.1962.

*Als Berichterstatter pflegte er zu den Sitzungen des Kantonsrates oder des Grossen Stadtrates und an Pressekonferenzen durchwegs mit viertelstündiger Verspätung zu erscheinen, wofür ihn die Kollegen mit dem Namen des finnischen Wunderläufers Nurmi bedachten, was freilich in keiner Weise despektierlich gemeint war. Denn trotz Verspätung und etwas altväterischer Umständlichkeit bekam er stets alles Wichtige mit, und was er schrieb, traf ins Schwarze. Als Schwarzer traf er ins Schwarze! Seine Abstimmungs- und Wahlkommentare waren meist knapp, aber träft, herhaft und nicht ohne Salz. Nahm er die Sozialdemokraten ins Visier, sprach er mit Vorliebe von «Bringolf und Konsorten» oder «Leu und Konsorten», was ihm in der «Arbeiter-Zeitung» manchen empörten Schnaufer eintrug. Hin und wieder bekam auch das «Intelligenzblatt» an der Vordergasse einen Hieb ab, der sass. Er konnte bissig und trotz seiner Rundlichkeit kantig sein, aber er war und blieb wohlgelitten. Den abendlichen Kollegen-Stamm des Pressvereins verfehlte er, brissagoqualmend, selten. Als er mir, dem jungen Redaktionsvolontär, das Du anbot, warnte er den Anfänger über das erhobene Glas hinweg vor dem Uebereifer, vor journalistischer Kurzatmigkeit und vor dem Zynismus<sup>53</sup>.*

Ernst Naef starb am 7. Februar 1962, nachdem er bis einige Tage vor seinem Tod den Lokalteil der *Schaffhauser Zeitung* besorgt hatte.

Neben Naef wirkten nacheinander eine Reihe von meist jüngeren Redaktoren geistlichen Standes im Ressort Ausland und Kultur. Mit Ernst Naef trat 1929 Dr. theol. Georg Jäger in die Redaktion ein, ein Oesterreicher, der 1929 nach Jestetten und 1932 wieder nach Oesterreich zog, um sich der Lehrtätigkeit zu widmen. Auf ihn folgte am 15. September 1929 Dr. theol. Johann Georg Villiger, der Ende Juli 1932 nach Rom zog, um sich in die historische Forschung und die Kirchengeschichte zu vertiefen, die er später als Professor am Priesterseminar Luzern dozierte. Vom August 1932 bis Juli 1936 betreute Vikar Josef Hüssler von Bern den Ausland- und Kulturteil. Ihm kam wegen der Hitlerbewegung in der unmittelbaren deutschen Nachbarschaft eine entsprechende Wichtigkeit zu, weil das Blatt auch in die badischen Gemeinden um den Kanton Schaffhausen versandt wurde. Hüssler musste sich zwischen der eigenen Ueberzeugung gegen Hitler und Nationalsozialismus einer-

---

<sup>53</sup> SN 6.4.1971,11.

seits, den Ansprüchen der durch die *Schaffhauser Zeitung* beliefer-ten deutschen Bevölkerung anderseits durchschlängeln. 1936 zog Josef Hüssler als Vikar nach Luzern, worauf Dr. theol. Gottfried Püntener im Juli 1936 in die Redaktion eintrat. Wie alle Vorgänger arbeitete Püntener nebenamtlich, doch im Gegensatz zu ihnen blieb er der katholischen Tageszeitung drei Jahrzehnte treu. Als er Ende 1967, gut fünf Jahre nach Ernst Naef die kleine Zeitung verliess, die ständig mit materiellen und personellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, war ihre beste Zeit vorbei. Eine organisatorische Umstellung drängte sich auf. Mit Beginn des Jahres 1968 bezog die *Schaffhauser Zeitung* den Ausland- und Kulturteil von den *Neuen Zürcher Nachrichten*<sup>54</sup>. Die Lokalredaktion wurde an Martin Schweizer übertragen, der sein Ressort mit jugendlichem Elan und Geschick bis zum Mai 1970 besorgte und dann an Max Hess weitergab. Doch nachdem die geistlichen Würdenträger ausgeschieden waren, die buchstäblich um «Gottes Lohn» gearbeitet hatten; als die Redaktoren normal besoldet werden mussten und die Druckkosten massiv anstiegen, zeigte sich innert kurzer Zeit, dass die *Schaffhauser Zeitung* nicht mehr zu halten war. Die «Kostenschere» bewirkte eine finanzielle Misere, die sich nicht mehr aufhalten liess. Mit dem 6. April 1971 stellte das Blatt, das zuletzt eine Auflage von 1550 Exemplaren hatte und als Tageszeitung mit der kleinsten Auflage in der Schweiz galt, das Erscheinen ein<sup>55</sup>. Seit diesem schwerwiegen-den Einschnitt in die Oeffentlichkeitsarbeit des katholischen Bevölkerungsteils führt die Wochenschrift *Forum* die Aufgabe der ehemaligen *Schaffhauser Zeitung* weiter.

## Die Evangelische Volkspartei

Karl Bachmann und Conrad Leu

Als am 2. April 1922 die *Evangelische Volkspartei Schaffhausen* durch den Zusammenschluss der *Liberal-demokratischen Partei* und der *Evangelisch-sozialen Vereinigung* entstand, ging die Epoche der reformiert-konservativen Politik zu Ende und machte einem kirchlich-sozialen Denken Platz (S. 282). Nach dem Willen ihres geistigen Vaters Hermann Bächtold wollte sich die *Evangelische Volkspartei* ausserhalb des Gegensatzes zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie stellen. Sie anerkannte weder die herrschende

<sup>54</sup> SZ 3.1.1968.

<sup>55</sup> SN 6.4.1971, 11. WE 26.3.1971.